

Bezugspreis: Für den Monat November 400.- M., voraus schlußl. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Ost- und Westpreußen sowie Ostpreußen und Litauen 496.- M., für das übrige Ausland 645.- M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Ostpreußen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 14. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkonton: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositionskasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile kostet 20.- M., Reklamzeile 400.- M. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 20.- M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15.- M. Einzeilengruppe und Schlußzeilenanhang des ersten Wortes 10.- M., jedes weitere Wort 8.- M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 25.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Stellung der Reparationskommission.

Paris, 14. November. (WIB.) Die gestrige Stellungnahme der Reparationskommission ist, wie der „Petit Parisien“ mitteilt, in Dunkel gehüllt. Die Kommission habe von ihren Sachverständigen eine Studie über das deutsche Budget sowie über die Frage der Stabilisierung der Mark verlangt. Sie werde nun der deutschen Regierung eine endgültige Antwort über die Frage der Anleihen erteilen und sich jedenfalls in einigen Tagen auch mit dem Studium des Programms der Konferenz von Brüssel beschäftigen.

„Vereinigte Aktion mit Deutschland.“

London, 14. November. (WIB.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, Bradbury werde am Mittwoch nach London abreisen, um der britischen Regierung die Berichte über die auf der Berliner Konferenz erzielten Ergebnisse zu unterbreiten. Bradbury teile dem „Times“-Berichterstatter mit, daß er während der Erörterungen sich in vollständiger Übereinstimmung mit Barbeau befunden habe. Der

Ernst der Lage in Deutschland

werde jetzt von jedem Mitglied der Kommission vollkommen anerkannt. Dies sei ein wertvolles Ergebnis des Berliner Besuchs. Wenn in Einzelheiten Meinungsverschiedenheiten zutage treten sollten, so würden sie allein auf Verschiedenheiten in den wirtschaftlichen Urteilen zurückzuführen sein. Wenn eine Katastrophe vermieden werden solle, so müßten sofortige Schritte getan werden.

Es sei klar, daß die Kommission wenig tun könne, um den Deutschen zu helfen, wenn die Deutschen nicht bestrebt seien, sich selbst zu helfen.

Die Kommission erwarte daher mit einiger Besorgnis die Unterbreitung eines Planes durch die Deutsche Regierung, der die Stabilisierung der Mark bezwecke. Bradbury mißbilligte empfindlich eine Politik der finanziellen Kontrolle oder des Zwanges. Eine solche Politik würde nach seiner Ansicht direkt zu einer Katastrophe führen, die unermesslich den Franken dahin führen würde, wo die Mark bereits sei. Den französischen Interessen würde am besten gedient werden durch Zugeständnisse, die die vereinigte Aktion der Kommission und der Deutschen Regierung zur Wiederherstellung der finanziellen Stabilität sicherstellen würde.

Französische Kammerdebatte.

Paris, 14. November. (WIB.) Bei der Fortsetzung der Generaldebatte über das Budget für 1923 ergriff Finanzminister de Laferrière das Wort, um sich über die allzu engen Betrachtungen zu beklagen, die hinsichtlich der Zukunft vorgebracht worden seien, die auf nichts Ernstem beruhen, die aber den Kredit Frankreichs schädigen könnten. Der Finanzminister bespricht die verschiedenen Vorschläge, die zur Herbeiführung von Einsparnissen gemacht wurden. In Verbindung damit weist der Finanzminister wieder auf das Reparationsproblem hin, das Poincaré am Freitag behandelt werde. Er selbst wolle sich nur über die Vorschläge ausdrücken, die zur Verbesserung der Währung gemacht worden seien. Das von dem Vbg. Blum vorgeschlagene internationale Währungsinstitut wäre zu verwirklichen, im übrigen bestünde ja eine internationale Währung, das sei das Gold. Deutschland werde nur Anleihen aufnehmen können, wenn man Vertrauen dazu habe, daß es in seine Angelegenheiten wieder Ordnung bringe und daß es seine Verpflichtungen halten werde. Loucheur sei für die Organisation eines großen Finanzkonjunktums zum Zwecke des allgemeinen Wiederaufbaues der Welt eingetreten. Dieses Experiment sei gemacht worden und der Plan sei gescheitert. Redner glaube nicht, daß sich Europa durch irgendeine Alliengeellschaft wieder aufbauen ließe. Wer das von der Brüsseler Konferenz erwarte, wäre im Irrtum.

Loucheur bemerkte, der Ministerpräsident habe auf eine Frage von ihm geantwortet, er würde in Brüssel einen umfassenden Plan vorlegen, der nicht nur Frankreich, sondern auch die übrigen Nationen betreffe. Alle Staaten der Welt müßten am Wiederaufbau Europas interessiert werden. Wenn man den anderen Ländern die Möglichkeit zu kaufen verschaffe, arbeite man für seine Ausfuhr. Die Spekulation, die an der Mark verloren habe, verkaufe jetzt Franken.

Der Finanzminister fuhr darauf in seiner Rede fort, es könne hinsichtlich der Brüsseler Konferenz keine Meinungsverschiedenheiten geben. Der Ministerpräsident habe erklärt, Frankreich werde mit einem Plan und einem umfassenden Programm ausgerüstet nach Brüssel gehen, und diesen konkreten Plan werde die Regierung durchzuführen versuchen, wie Loucheur es mit einem System internationaler Anleihen und Sachlieferungen versucht habe. Nur dürfe man sich nicht zu viel vornehmen; die Fragen müßten eine nach der anderen angegangen werden. Wenn die Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden auf diese Weise gelöst würde, würde die Regierung ihre Pflicht getan haben.

Longuet über Versailles.

London, 14. November. (G.) Der französische sozialistische Abgeordnete Jean Longuet griff gelegentlich einer Rede in der Carnegie Hall den Vertrag von Versailles scharf an. Er sagte, Frankreich stehe vor der Bankrotterklärung; seine Lage sei furchtbar, weil die leitenden Klassen des Landes, um ihre Zwecke zu erreichen, nichts anderes zu tun wüßten als Anleihen aufzunehmen.

Neue Besprechungen.

Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion.

Der heutige Vormittag hat keine Veränderung in der innerpolitischen Krisenlage gebracht. Um 4 Uhr nachmittags findet wieder eine Besprechung der Fraktionsführer beim Reichskanzler statt, der sich Fraktionsführungen anschließen werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte heute vormittag eine kurze Sitzung, in der keine wesentlichen Mitteilungen über die Regierungskrise gemacht wurden. Um 6 Uhr abends tritt sie zu einer neuen Sitzung zusammen.

Infolge eines technischen Versehens sind heute morgen in der Wiedergabe des sozialdemokratischen Fraktionsbeschlusses einige Worte ausgefallen. Der erste Satz muß richtig heißen:

„Die Fraktion erklärt, daß sie an der Forderung der Stabilisierung der Mark als der wichtigsten Forderung der inneren und auswärtigen Politik festhält und nur ein Kabinett unterstützen kann, das diese Politik konsequent vertritt und entsprechende Maßnahmen sofort ergreift.“

Diese letzteren Worte waren in unserer Wiedergabe fortgefallen.

Die englischen Wahlen.

London, 14. November. (WIB.) Reuter meldet: Das endgültige Ergebnis der Parlamentswahlen wird am Nachmittag oder Abend des 16. November bekannt sein. Die Wahlhandlungen finden in ganz England am 13. November statt, aber am Abend des gleichen Tages werden nur die Ergebnisse aus etwa 250 städtischen Wahlkreisen bekannt sein. In den anderen städtischen und in den ländlichen Wahlkreisen beginnt das Zählen der Stimmen am Vormittag des 16. November.

Konservative Hoffnungen.

Glasgow, 14. November. (G.) Bonar Law hielt gestern hier eine Rede, in der er erklärte, daß die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten in England rasch abnehmen werde. Weiter erklärte er, daß die Erlangung einer konservativen Mehrheit von großer Wichtigkeit sei, nicht nur für England, sondern für ganz Europa. Denn bei den kommenden Konferenzen müsse sich die Regierung auf eine starke Mehrheit stützen können, wodurch die Außenpolitik im vollen Maße gelte. Bei Bezug auf die Reparationsfrage erklärte Bonar Law, daß er nicht der Ansicht sei, Deutschland brauche nicht zu bezagen. Er glaube im Gegenteil, daß es seiner Zahlungsfähigkeit entsprechend bezahlen müsse. Seine Zahlungsfähigkeit zu bestimmen, sei Aufgabe der Regierung.

Nicht zu überbietende Konfusion.

London, 14. November. (G.) Der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Partei Englands hat einen Aufruf veröffentlicht, worin er die Politik der Arbeiterpartei bekämpft, das Proletariat aber gleichwohl auffordert, für die Kandidaten der Arbeiterpartei zu stimmen. Im Falle eines Sieges der Arbeiterpartei müsse er aber die Arbeiterschaft vor der Politik der Arbeiterpartei warnen.

Der Dollar fällt!

Angst vor der Stabilisierung der Mark.

Die Erklärung der Reichsbank, daß sie bereit sei, 500 Millionen Goldmark aus ihren Beständen zur Stabilisierung der Mark zur Verfügung zu stellen, sowie die sich noch behauptenden Gerüchte über einen bevorstehenden Kabinettswechsel in Paris üben einen merkwürdigen Druck auf die ausländischen Zahlungsmittel aus. Der Dollar wurde heute vormittag mit 7600 bis 7700, das heißt ungefähr auf der Parität des gestrigen New Yorker Schlussturzes für die Mark gehandelt. An der Börse trat ein stärkeres Angebot in Devisen und Noten hervor, während sich die bisherigen Käufer, insbesondere Industrie und Einfuhrhandel bisher zurückhaltend zeigten. Gegen mittag war der Dollar mit 7350 angeboten. Die Tendenz blieb weiter sinkend, man rechnet mit der Möglichkeit, daß durch diesen Rückschlag viel Material an ausländischen Zahlungsmitteln aus den Kreisen der Händler herausgelöst wird.

Die Börse bleibt heute für den Effektenverkehr geschlossen. Immerhin zeigt sich eine stärkere Verkaufsbewegung. Es ist deshalb für morgen eher mit schwächeren Käufen zu rechnen. Bei den Banken häufen sich die Verkaufsaufträge aus den Kreisen der Landwirtschaft, die durch die Schwankungen des Dollars ängstlich gemacht wurde und ihren Gewinn schnellst in Sicherheit zu bringen sucht.

Kampf gegen die Devisenspekulation auch in Italien. Der neue italienische Schatzminister Tanagra hat an die wichtigsten Kreditinstitute Italiens ein Rundschreiben gerichtet, in welchem er gegen die irrtümlichen Bewegungen des italienischen Wechselkurzes Stellung nimmt. Er erklärt, daß die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden sollen, damit die Devisen nur den Importeuren für bringende Warenverkäufe zur Verfügung gestellt werden.

Poincaré-Dämmerung?

Nichts ist wandelbarer als die Treue einer französischen Parlamentsmehrheit. Es ist eine alte Erfahrung, daß sich ein Ministerium in Frankreich nur selten länger als ein Jahr zu halten vermag, auch dann nicht, wenn es sich auf eine scheinbar unerschütterliche Mehrheit stützen kann. Regierungen, die eine zweijährige Lebensdauer erreichen konnten, lassen sich, seitdem die dritte Republik besteht, an den fünf Fingern einer Hand abzählen. Dieses unentrinnbare Schicksal eines jeden Ministerpräsidenten dürfte, nach den jüngsten Symptomen zu urteilen und früher, als man es nach den bisherigen überwältigenden Vertrauenskundgebungen der Kammer des Nationalen Blocks für die jetzige Regierung annehmen konnte, auch Raymond Poincaré ereilen. Dieser überraschende Stimmungswechsel des französischen Parlamentes ist am vorigen Freitag in der Kammer mit einer Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen, die die Pariser Presse fast einmütig feststellt.

An diesem Tage hat nämlich Poincaré eine vierstündige Rede gehalten, in der er auf die seit der Wiedereröffnung des Parlamentes von der Opposition eingebrachten Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung antwortete. Und zwar richtete sich seine Abwehr vor allem gegen die Freunde Clemenceaus, deren Wortführer Mandel ihn wegen seines innenpolitischen Kurzes besonders heftig angegriffen hatte. Seine Ausführungen hatten zur Folge, daß er unter Anlehnung auf die Linke des Hauses die Mitte und die Rechte stark verstimme, und da nun letztere den Kern des Nationalen Blocks, d. h. die Mehrheit der Kammer bilden, fiel er gänzlich ab. Es wiederholt sich dabei das Schauspiel, das man in den letzten Wochen der Regierung Briand beobachten konnte, allein ist es diesmal ausgeschlossen, daß ihn die Sozialisten und ein erheblicher Teil der Radikalen gegen die Rechte zu helfen versuchen werden, wie sie dies zuletzt bei Briand getan hatten, um dem größeren Uebel Poincaré vorzubeugen. Was Poincaré durch seinen Frontwechsel an Stimmen der Linken eventuell zurückgewinnen kann, reicht bei weitem nicht aus, um den Umsturz eines großen Teils des Nationalen Blocks in die Opposition mitzumachen. Selbstverständlich ist diese „Vinkorientierung“ Poincarés nur ein sehr relativer Begriff. Sie beschränkt sich vor allem darauf, daß er es ablehnt, sich dem Wunsch Mandels und Leon Daudets nach Abhebung des radikalen Innenministers Maunoury und zahlreicher Präfekten zu fügen, die aus der alten Ära radikaler Regierungen stammen und die der Sympathie für Caillaux verdächtig sind. Hier liegt nämlich der Hake im Pfeffer: die Präfekten sind seit jeher die einflussreichsten Wahlagenten auf dem Lande und nun wissen die Herren des Nationalen Blocks, daß in der Volksseele ein so starker Ruck nach links im Gange ist, daß ihre Aussicht auf Wiederwahl äußerst gering ist, wenn nicht durch Ernennung neuer zuverlässiger Präfekten ein äußerst starker Druck zugunsten des Nationalen Blocks noch in diesem Jahre einsetzt. Poincaré ist ein zu geriffener Politiker, als daß er diesen Stimmungsumschwung in der Provinz nicht erkannt hätte oder als daß er den fast hoffnungslosen Versuch unternähme, ihm durch administrative Maßnahmen vorzubeugen. Er wiederholt daher das Manöver, daß vor ihm schon Briand eingeleitet hatte und an dem er gescheitert war: den Nationalen Block zu spalten und diejenigen Abgeordneten des Blocks, die einen solchen Ruck nach links noch mitmachen können, der radikalen Partei näherzubringen. Aber der größte Teil der Gruppe Arago (d. h. die Kerntruppe des Blocks) ist bereits in den Augen der Wähler dermaßen als reaktionär verhasst, daß ihm dieser Ruck nach links unmöglich geworden ist.

Fast alle Pariser Zeitungen, auch die bisher regierungsfreundlichsten, stellen fest, daß die Mehrheit der Kammer die Rede Poincarés mit einem eiligen Schweigen aufgenommen hat, das besonders durch den Gegensatz zu den bisherigen Debattonen auffiel, die ihm nach allen früheren Reden zuteil wurden. Schwachen Beifall erntete er nur auf der linken Seite der Kammer.

Aus alledem geht hervor, daß die schleichende Regierungskrise ausschließlich auf innerpolitische Gründe zurückzuführen ist. In Fragen der auswärtigen Politik dürfte Poincaré dem Nationalen Block auch weiter nach dem Runde reden, obwohl auch hierin die Gegnerschaft der Freunde Clemenceaus gegen ihn täglich wächst und obwohl ihm Lardieu nicht zu Unrecht vorwerfen kann, daß er ja letzten Endes doch nicht mehr erreicht habe als der von ihm gestürzte Briand, ja, daß er genau so wie dieser die Wege des Kompromisses mit England beschritten hat und seinen drohenden Reden gegen Deutschland keine Taten hat folgen lassen. Da allerdings die Endabstimmung über die Interpellationsdebatte erst nach der Schlusrede stattfinden soll, die Poincaré am kommenden Freitag über die Reparationsfrage halten will, so ist ihm diesmal noch eine starke Mehrheit gesichert, zumal man ihn unmittelbar vor Lausanne und Brüssel kaum wird stürzen wollen. Aber es läßt sich schon jetzt prophezeien, daß die tiefe Mißstimmung, die am vorigen Freitag aus innerpolitischen Gründen in Erscheinung trat, sich durch

eine erhebliche Zahl von Stimmenthaltungen äußern wird. Und das dürfte wohl den Anfang vom Ende bedeuten. Aus alledem läßt sich jedenfalls schließen, daß ein Sturz Poincarés international keineswegs eine Entspannung und insbesondere für Deutschland keinerlei Nutzen bringen wird. Man müßte im Gegenteil befürchten, daß eine Krise, die durch die Tardieu-Gruppe hervorgerufen wäre, eine Lösung finden würde, die eigentlich noch einer Verschlimmerung unserer Lage gleichkäme! Denn eine Regierung Tardieu heißt: Sofortige Befehung des Ruhrgebietes. Indessen ist eine solche Lösung höchst unwahrscheinlich. Das Parlament und auch der Präsident der Republik, Millerand, wissen sehr wohl, daß eine derartige Politik der Abenteuer sehr bald mit einer Katastrophe für Frankreich enden würde. Es wird daher allgemein angenommen, daß der Nachfolger Poincarés nicht unter diesen extremen Reaktionen gewählt werden wird, vielmehr gilt Loucheur als der aussichtsreichste Kandidat zum Posten des Ministerpräsidenten. Seine jüngste große Rede hat auf die Kammer außerordentlich starken Eindruck gemacht, was um so leichter zu erklären ist, als die finanziellen Nöte — namentlich des starken Sinkens des Frank — das ganze Land stark beunruhigen, das Parlament selbst infolge seiner geistigen Minderwertigkeit gänzlich ratlos dem gegenübersteht und das Prestige eines Mannes wie Loucheur, der als wirtschaftliche Kapazität gilt, dementsprechend ungeheuer stark ist.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Die Kommunisten kneifen.

Wie wir bereits mitteilten, hat die Landesleitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei den Kommunisten die Gewissensfrage gestellt, ob sie bereit seien, unter Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung gemeinsam mit den Sozialdemokraten die sächsische Regierung zu bilden. Es ist eingetreten, was vorauszusehen war: Die Kommunisten, die den Rump nicht voll genug nehmen können, drücken sich auch in Sachsen vor der Verantwortung. Als Erwiderung auf die klare Frage unserer Parteileitung haben sie einen Aufsatz veröffentlicht, in dem sie die Bildung einer Arbeiterregierung fordern, als deren Voraussetzung sie aber eine Reihe von Punkten aufstellen, die zum Teil selbstverständlich sind, zum andern Teil aber augenscheinlich nur den Zweck haben, eine Verständigung von vornherein unmöglich zu machen.

So verlangen sie u. a., daß die sächsische Regierung eine Zwangsanleihe in Höhe von 30 Proz. der Vermögen ausschreiben soll, daß die „Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen im Alter von 18 bis 58 Jahren“ ausgesprochen werde, die Produktionskontrolle durch die Organe des Staates und der Arbeiterschaft, endlich die Bildung von Arbeiterwehren und das Verbot der Technischen Röhre für Sachsen ausgesprochen wird. Daneben verlangen sie „Amnestie für Verbrechen gegen §§ 218 und 219 StGB. (Abtreibung und Leibesfrucht) unter Ausschluß der Konterrevolutionäre“ und die Vorlage wichtiger Gesetzesvorlagen an Landes-Betriebsrätekonferenzen.

Mit Recht macht die „Leipziger Volkszeitung“ darauf aufmerksam, daß den Kommunisten ihre parteiideologischen Interessen immer noch höher stehen, als das Wohl der Arbeiterklasse. Unser Leipziger Parteiblatt führt weiter aus:

Die Kommunistenverfahren auch hier wieder nach ihrem alten Grundsatze, unerfüllbare Forderungen zu stellen, um deren Ablehnung dann zu einer wüsten Hege gegen die Arbeitervertreter auszunutzen. Wenn beispielsweise von der sächsischen Regierung verlangt wird, daß sie von sich aus eine Zwangsanleihe durchführe, daß sie von sich aus die Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs zu herabgesetzten Preisen beschaffe, daß sie in Sachsen die allgemeine Arbeitspflicht einführe und die Einsetzung der Lenk, oder daß sie sich abhängig mache von der kommunistischen Betriebsrätezentrale, die nichts hinter sich hat und nur in der Illusion einiger kommunistischer Agitatoren als „Machtfaktor“ erscheint, dann sind das Forderungen, die

um so weniger ernst zu nehmen sind, als auch die kommunistischen Landtagsabgeordneten in Sachsen die Unmöglichkeit dieser Bedingungen haben erkennen müssen.

Die Kommunisten treiben also auch in Sachsen durch ihre phrasenreiche, aber negative Politik den Reaktionären die Schale in die Hände. Da sie selbst nicht ernsthaft Arbeiterpolitik im Parlament treiben wollen und können, so wird die Sozialdemokratie genötigt sein, andere Wege zu suchen, um die Interessen der Arbeiterschaft nicht unter kommunistischem Eigensinn leiden zu lassen.

Die betrübten Lohgerber.

Die deutschösterreichische „Deutsche Zeitung“ ist über den Ausfall der Landtagswahlen in Sachsen bitter enttäuscht, sie gibt zu, daß die Wahlen für die Deutschnationalen einen Reinfall bedeuten, und teilt bei dieser Gelegenheit einige Einzelheiten aus, die zu verschweigen wir keine Ursache haben. Das Bürgerturn in Sachsen, so meint der Landesgeschäftsführer der sächsischen DN, als Autor des Klagegesangs, habe einen besonderen Hang zum Grüppchenwesen, zu dem noch die ehrgeizigen Quartierbetreuer einzelner gekommen seien. Das Kontingent der Nichtwähler habe sich fast ausschließlich aus Bürgerlichen zusammengesetzt, denn diese Bürgerlichen „wünschen nicht gefördert zu werden im Geschäftemachen, und man macht heutzutage ungestörte Geschäfte, schnelle und erfolgreiche, auf mancherlei Art, ob man nun zur Gild der Bucherer und Schleher oder zu der der geistungs-lumpigen Streber gehört“. Das Urteil ist denn doch ein wenig hart nach unserer Auffassung. Aber man sieht, wie die Deutschösterreichischen und Deutschnationalen sich und ihren Anhang einschätzen. Wenn der Herr Landesgeschäftsführer, der die bürgerlichen Parteien doch kennen muß, weiter von der von taktischen Gesichtspunkten dauernd beeinflussten Grundhaltigkeit der bürgerlichen Parteien der Mitte spricht, so muß man sich doch mit einigem Erstaunen fragen, weshalb die Bürgerlichen in Sachsen denn überhaupt mit so großem Pomp die Volksbefragung in Szene gesetzt haben und wenn der Geschäftsführer im übrigen konstatiert, daß keine der bürgerlichen Parteien eine zugkräftige Parole gefunden hat und wohl auch nach Lage der Dinge in Sachsen nicht finden konnte, so muß es doch wohl mit der sozialistischen Mißwirtschaft in Sachsen, über die so viel Geschrei erhoben wurde, nicht so schlimm gemeint sein. Vor Tische freilich los man's anders!

Auch der Schupherr der Deutschösterreichischen, Graf Westarp, kann nicht umhin, in der „Kreuzzeitung“ einzugehaken, daß die sächsischen Wahlen einen schweren Schlag für die Deutschnationalen Partei bedeuten. Er rechnet nach, daß der Stimmenzuwachs der Deutschnationalen Volkspartei hinter dem aller anderen Parteien zurückgeblieben ist. Wenn er allerdings dafür den Bruderfreit im Schoße der deutschnational-deutschösterreichischen Familie verantwortlich macht, so gerät er damit mit der „Deutschen Zeitung“ in Konflikt, die reumütig eingesteht, daß Brotpreiserhöhung und Rathenau-Kord in der deutschnationalen Gefolgschaft einige Rebellion hervorgerufen haben. Von der Siegeszuversicht, die nach der von der Deutschnationalen Volkspartei erzwungenen Volksabstimmung herrschte, ist jedenfalls im deutschösterreichischen Lager nichts mehr zu finden und diese Stimmung dürfte auch auf die Deutsche Volkspartei abgefärbt haben, wenn sie an etwaigen Wahlen im Reich mit geschlossenen Augen vorübergeht.

Goldrenten für Landbesitzer.

Man schreibt uns: Ein Teil der Grundbesitzer in den Provinzen Hannover und Sachsen sieht zu fällig auf einem Boden, aus dem verschiedene Schätze, wie Kohlen, Salz und Petroleum gewonnen werden. Dafür beziehen sie, je nach dem Umfange der Förderung, eine mehr oder minder hohe Rente, die natürlich von den Unternehmern auf die Preise abgewälzt wird. Nun fordern die Landbesitzer allen Ernstes die Anpassung dieser Rentenbezüge an die Geldentwertung. Sie sind die Besitzer von Goldwerten in Grund und Boden, sie verdienen diese Stangen Geld aus ihrer Landwirtschaft, sie haben wahrscheinlich noch allerlei Hypotheken, die sie nur in Papiermark an-

erkennen und nur mit Papiermark verzinsen. Warum sollten sie da zu so viel Segen nicht auch noch eine erhöhte Rente dafür fordern, daß ihnen ein gültiges Geschäft unterirdische Schätze just dahin gelegt hat, wo ihr Landbesitz ist? Nur die Lumpen sind bescheiden! Dieser Förderzins ist eine indirekte Steuer zugunsten von Privatleuten. Sie ist absolut risikoloses und arbeitsloses Einkommen. Der Staat sollte die Aufrollung dieses in unserer Zeit sonderbaren Privilegiums durch die Landwirte selbst dazu benutzen, ihnen das Vorrecht, ohne Arbeit Geld einzustreichen, ganz wegzunehmen.

Blutige Unruhen in Köln.

Köln, 14. November. (Eg. Drahtbericht.) Gestern abend kam es in der Altstadt und einigen industriellen Vororten zu erneuten Teuerungskrawallen, die diesmal leider einen blutigen Ausgang nahmen. Die Kommunisten hatten für den Abend Versammlungen einberufen, die von der britischen Behörde verboten wurden. Angeblich wollten die Kommunisten dieses Verbot nicht rechtzeitig erhalten haben, obwohl allen Kölner Zeitungen schon in den Vormittagsstunden eine Mitteilung über das Verbot zugeht. Das kommunistische Organ erklärte am Montag bei der Aufforderung, „Mäßen heraus!“ Gegen 7 Uhr abends kam es zu großen Massenansammlungen, in deren Verlauf die Schaueinheiten verschiedener größerer und kleinerer Geschäfte zerrümmert wurden. Die Polizei sah sich genötigt, mit der blanken Waffe vorzugehen. Mehrere hundert Verletzte, unter denen sich auch einige Polizeibeamte befinden, soll es in einem Vorort fünf Tote gegeben haben. Eine Besichtigung dieser Nachricht liegt allerdings noch nicht vor. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Hauptort der Unruhen befindet sich in der Nähe des Polizeipräsidiums. Die Stimmung unter den Arbeitern ist hier sicherlich infolge der fortschreitenden Teuerung sehr erregt, aber es kann nicht verschwiegen werden, daß die Kommunisten in unverantwortlicher Weise die Massen aufhetzen. Schon in sozialdemokratischen Versammlungen am Sonntag erklärte sie, sie seien entschlossen, „System in die Sache hineinzubringen“. Ihr Entschluß, die Massen unter allen Umständen auf die Straße zu bringen, hat leider einen sehr traurigen Erfolg gehabt.

Todesopfer auch in Düsseldorf.

Düsseldorf, 13. November. (Eg. Parlamentsdienst.) In einigen Werken ist die Arbeit heute vormittag teilweise wieder aufgenommen worden. Die Befehlsgewalt haben die erbeuteten Bestärkung der Schuppolizei bewilligt. Die Beamten sind bereits in Düsseldorf eingetroffen. Zurzeit feiern immer noch 40 000 bis 50 000 Arbeiter, die Mehrzahl allerdings gezwungen. Die Kommunisten erklären plöblich, der Streik sei das Werk der Unionisten, sie selbst hätten nichts damit zu tun. Fest steht aber, daß der kommunistische Abgeordnete Frölich sich hervorragend an der Propagierung des Streiks beteiligt hat. Heute vormittag fiel leider das erste Todesopfer dieses Streiks. Die Polizei hatte die eintreffenden Versammlungen verboten. Als trotzdem der Versuch gemacht wurde, in der Tonhalle eine Versammlung zu veranstalten, schritt die Polizei zur Räumung des Lokals. Dabei soll vom Verstand ein Schuh gefallen sein, der die Polizei veranlaßte, auch ihrerseits zur Schußwaffe zu greifen. Das Versammlungslokal wurde panikartig geräumt, ein Toter und mehrere Verletzte blieben auf dem Plage. In Benrather bei Düsseldorf fanden heute vor dem Rathaus große Teuerungsdemonstrationen statt, an denen sich 4000 Arbeiter aller Richtungen beteiligten. Zu Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

Mahnahmen gegen Ueberfremdung des Grundbesitzes in Frankreich. Die französische Kammer hat gestern ein Gesetz angenommen, durch das die Erwerbung und die Pacht von Grundbesitz in Frankreich Ausländern erschwert wird. Es wird dafür die obrigkeitliche Erlaubnis der französischen Behörden verlangt, und diese Erlaubnis kann nur Personen mit Aufenthaltsrecht in Frankreich gegeben werden. Das Gesetz wird jetzt vor den Senat kommen.

Amerikanische Studienreise. Gestern ist in Cherbourg Senator Mac Cormick an Land gegangen. Er wird eine Umfrage über die politische und wirtschaftliche Lage der hauptsächlichsten Staaten veranstalten. Mac Cormick, der ein Freund Harding's ist, war von diesem schon im Dezember 1920 mit einer ähnlichen Mission betraut worden.

Hilferuf.

Von Emil Rath-Schönholz.

Ich sahe in der Nacht aus tiefem, traumlosem Schlafe hoch empor, gewacht von heiserem Hilferuf. Er kam aus nächster Nähe und klang so endlos fern, kaum noch wie sterbendes Echo vernehmbar. Und ich starrte in die Lider meiner Frau. Sie waren trampfhaft geschlossen, und doch sah ich beim ungewissen Schein des Nachtlächtes auch ihr leises Flackern, lächelte sie behufsam und fragte leise: „Hast du gerufen?“ Ich fühlte das Ja auf ihren Lippen — und doch klang ein Nein. . . Unruhig schielte ich wieder ein.

Zun andernmal weckte mich der erste Schrei und schien von der Straße zu kommen. Unroß trieb mich auf, stieß mich in die Kleider, auf die graue, menschenleere Straße — und immer wieder klang in meinem Ohr der heilere Ruf: „Hilf . . . hilf . . .“

Ziellos irrte ich durch die Straßen. Da kam ein Schatten dahergewankt, zog an mir vorbei meiner nicht achtend und blieb stehen unter verstreutem Gelblicht einer einsamen Laterne. Ich schaute ein Furchengesicht, ausgehöhlte Augen, fühlte Leid und Not in schmalen Wangen, in spärlichen Haaren, die Nachtwind raupte, und fragte bekümmert: „Hast du gerufen?“ In erschöpften Augen kam mattes Blitzen, aus blaffen, dünnen Lippen wühlte ein herbes Ja — und doch ging es wie ein Schrei durch die Nacht: „Nein.“

Ich irrte Morgendämmerung entlang. Ueberall in den Straßen lauerte der leise Ruf: „Hilf . . . hilf . . .“ Und ein junges Mädchen kam die Straße herab, im Herbstwind löste leichter Kleider Spiel, lästerte von Lust und Tanz, und doch kam von dort der Hilferuf — meine Seele fühlte den harten Klang — und ich eilte zu ihr. Nachtmüdes Gesicht starrte in meine drängende Frage. „Nein, ich habe nicht gerufen.“

Auf kalter Bank sah ich sinnend nieder. Der Ruf starb nicht, wollte nicht still werden. Da fühlte ich es tief und unerbittlich: Der Hilferuf war in meiner Seele. War nur der Widerklang aller harten Saiten, die unter dem Fiedelbogen des Lebens tanzen mußten und nicht wagten zu sagen: Wir leiden Not. Wir alle leiden Not. Laßt uns in allem leiden.

Zweiheit der Menschheit treibt graufames Spiel mit Not und Tod: Die Leiden, wollen nicht klagen, und die klagen, wollen nicht leiden.

So wird der laute, leise, ferne Ruf in mir bleiben und erst enden mit Not — oder mir. . .

Staatsbürgerliche Erziehung? In zahlreichen Schulzimmern hängen noch „Anschauungstafeln“, die vor dem Kriege gewiß von Wert waren: Franz Bambergs Wandtafel zur Deutschen Bürgerkunde, die in tabellarischer Verzweigung Auskunft über Verfassung, Rechtspflege, Heer usw. gibt. Nur leider über die des Kaiserreichs! Da liest nun der Schüler tagaus

tagaus jahraus jahrein, daß Deutschland ein Kaiserreich und daß die „Kaiserwürde erblich ist im Mannesstamme der Hohenzollern“ usw. usw. Wäre nicht ebenso wichtig wie die Entfernung der Bilder des Doorner Keuermählen die schnelle Beseitigung aller solcher Tafeln, die bei der heranwachsenden Jugend den Eindruck hervorbringen müßten, daß die Republik nur ein Provisorium ist? Und was sollen diese Tafeln in den Klassen? „Anschauungsmaterial“ soll doch die gedächtnismäßige Aneignung erleichtern! Sollen die jungen Leute Falsches lernen? Hier hätte einmal ausnahmsweise eine ministerielle Verfügung Sinn und dazu könnte ein Geheimrat in drei Stunden die Textrevision eines zeitgemäßen Tabellentextes durchführen.

Ueber den Freiheitskampf der Türkei sprach in der Urania General Liman von Sanders Pascha. Man sah fremde Gesichter, die man sonst nicht unter den Stammgästen findet, gewahrte ein paar Uniformen und hörte demonstrativen Beifall. Der sehr sachlich sprechende Redner gab einem sich für den Orient interessierenden Menschen nichts Neues und auch dem nur einigermaßen aufmerksamen Zeitungsläser war wohl fast alles bekannt. Es wurden Erinnerungen geweckt. Er begann mit den Märztagen 1915, in denen er Mustafa Kemal kennen lernte. Dann schilderte er, wie nach dem Weltkriege das osmanische Reich in Interessensphären der Entente aufgeteilt werden sollte und wurde. Hinzu kam, daß Benizelos Griechenland in uferlose Abenteuer stürzte und es ergab sich der von den Engländern protegierte Einfall der Griechen in Kleinasien. Die Türken umgingen die von der Entente vorgeschriebene Entwaffnung, es kam zum Kleinkrieg und später zu einer Umstellung der französischen Türkeipolitik. Englands Weltpolitik sorgte dafür, daß Mustafa Kemal nach Erzerum viele Flüchtlinge zu strömen. Die Befehung Smyrnos wurde als das Ende des osmanischen Reiches betrachtet, aber es fand der Kongreß in Erzerum statt und die Lösung von der Regierung in Konstantinopel. Der Aufbau der Unabhängigkeitsbestrebungen ging dann in Anatolien vor sich. Mustafa Kemal wurde als Rebell vom Sultan zum Tode verurteilt. Am 16. März 1920 wurde Stambul plamäßig von der Entente vergeblich und am 23. April 1920 schuf die aus Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung von Anzora eine nationale Regierung. Sie ging mit dem bolschewistischen Russland ein Zweckbündnis ein. Dem Bolschewismus neigt sie selbst nicht zu, denn der Grundgedanke des Islam vertritt sich nicht mit solchen Prinzipien. Es kam später der französisch-türkische Angoravertrag. Sodann wurden die Ereignisse der jüngsten Zeit gestreift und der Redner wies darauf hin, daß jetzt wieder viele Orientfragen aufgerollt wären, so der Kampf der asiatischen Völker um ihre Gleichberechtigung und die Kolonialfrage. Den Koliken wünscht nämlich das türkische Volk, das sich als islamitische Vorhut betrachtet, zu stellen. Ein Kriegsglimm aus dem Jahre 1915 und eine Lichtbilderferie vervollständigten den Vortrag.

Dankens für geistige Arbeiter. Freien Kulturarbeitern, Dichtern, Denkern, Künstlern, die keine Beamten- und Altersgehälter beziehen, sich aber durch schöpferische Leistungen um die Allgemeinheit verdient gemacht haben, soll nach Abschluß ihres 60. Lebensjahres bis zu ihrem Tode ein Alters- und Ehrengeld zugesprochen werden, das

dem der Lehrer entspricht. In gleicher Weise wie bei den Lehrern wird auch für die Hinterbliebenen gesorgt. Das ist der Inhalt eines Vorstages von Ferdinand von Ardenius im letzten Heft des „Kunstwart“, wobei er beifügt, daß die Gleichstellung mit Beamten in der Altersversorgung zunächst nur wenigen, aber bald auf Vorschläge aus den Parlamenten durch den Reichspräsidenten erteilt wird. Bald, denn es ist nicht nur ein Sommer, es ist auch ein Skandal, wie es jetzt einer Anzahl verdienstreicher Geistesarbeiter auf ihren alten Tagen geht. Es ist, wie wir hinzufügen möchten, eine Unchre für die deutsche Volksgemeinschaft. Darum sollte schleunigst, vielleicht aus dem Fonds, der zum letzten Verfassungstage für kulturelle Zwecke dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt wurde, mit solchen Ehrengaben begonnen werden.

„Jubiläum“ einer Sturmflut. Fünfzig Jahre sind verfloßen, seit die Nordküsten unseres Vaterlandes von einer furchtbaren Naturerscheinung heimgesucht wurden, von der berühmten Sturmflut vom November 1872. Sie entstand dadurch, daß die durch das gemeinsame Wirken von Sonne und Mond verursachte Springflut durch einen südwärts gerichteten Sturm gegen die Ostsee getrieben wurde, wo sie die ärgsten Verheerungen anrichtete. Am 14. November stand sie auf der Höhe, doch hielten die Wirbelungen noch lange an. Besonders Pommern und Rügen hatten schwer zu leiden. Böse war es, wenn sich zu Wind und Wellen noch ein drittes Element gesellte, wenn wie in Straßund das Wasser in ein Lager mit Brennmaterialien stautete, den hier gelagerten ungeheuren Kalk entzündete, das Feuer die Holzvorräte ergriff und durch den Sturm immer weiter verbreitet wurde. Als sich der Brand der Caponiere mit den Pulvervorräten näherte, war die Gefahr für die Stadt eine gewaltige, wurde aber noch glücklich abgewandt. Menschen und Tiere fanden in der Flut, namentlich auf dem Lande, in Menge den Tod. Der Schaden an Schiffen, Brücken, Häusern und Grundstücken war fast unabwehrbar. Pöckend geschildert hat die Vorgänge Friedrich Spielhagen in seinem Roman „Sturmflut“, der gleichzeitig einen politischen und sozialen Charakter trug, indem dem Wüten der Elemente die Hochflut des Milliardenregens und die Sünden der Gründerzeit gegenübergestellt werden. R. Sch.

Neues Volkstheater: In Gerhart Hauptmanns 60. Geburtstag findet am Mittwoch abend eine Aufführung des „Michael Kramer“ mit Paul Wildt, Leonhard Stödel, Friedrich Domin, Paula Böber, Franze Roloff in den Hauptrollen statt.

Niddis Ampeloven wird am Sonntag, den 26. November, mittags 1/2 12 Uhr, für die Mitglieder der Volksschule im Theater am Blomplatz aufgeführt.

„Neues über die Abstammung des Menschen“ lautet das Thema eines Lichtbildvortrags, den Dr. Adolf Heilborn im „Volkshausband“ am Donnerstag 8 Uhr vortragen wird.

Deutsche Gesellschaft zum Studium Eurypas. Der auf den 15. festgesetzte Vortragabend ist auf den 29. verlegt worden.

Triebverteilung Schumann-Geh-Decker. Der erste Abend findet am 15. zu populären Preisen in der Singakademie statt. Außer dem G-moll-Trio von Ertel und dem D-moll-Trio von J. Schumann kommt eine Sonate von C. F. Zelter zur ersten Aufführung.

Die Bekämpfung der Tuberkulose.

Der preussische Gesetzentwurf.

Die Beratungen über das neue Tuberkulosegesetz sind jetzt im Gesundheitspolitischen Unterausschuss abgeschlossen worden. Nach dem neuen Gesetz sollen außer den Todesfällen alle ansteckenden Erkrankungen an Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose gemeldet werden. Eine noch weiter ausgedehnte Meldepflicht ließ sich noch nicht durchsetzen, da die daraus erwachsende Arbeitslast durch die verfügbaren Kräfte einstweilen nicht zu bewältigen ist. Heberdies wird ein Teil der an Knochen- und Gelenktuberkulose Erkrankten bereits durch das Krüppelgesetz erfasst.

Mit der Meldepflicht wird in Preußen nun der Anfang gemacht, den Umfang der Verheerungen festzustellen, welche die „weiße Seuche“ unter den Opfern des herrschenden Wohnungs- und Ernährungsnotstands anrichtet. Die Meldung erfolgt durch den zugezogenen Arzt, im Falle eines Wohnungswechsels auch durch den Haushaltungsvorstand, außer an den beamteten Arzt auch an die zuständige Fürsorgestelle. Die Fürsorgestellen rücken in den Mittelpunkt des Gesetzes. Diese Verantwortung der Fürsorgemaßnahme im Gesetz erreicht zu haben, ist das Verdienst der Sozialdemokratie. Zwei Drittel aller schweren Fälle von Tuberkulose entziehen sich heute der Fürsorge. Diese, eine furchtbare Gefahr für die Allgemeinheit bildenden Fälle zu erfassen, ihre ärztliche Ueberwachung in die Wege zu leiten und besonderes Augenmerk auf die Frühformen der Tuberkulose zu richten, die am meisten Aussicht auf Heilung bieten, das ist der Hauptzweck der gesetzlich festgelegten Meldepflicht. Die im Gesetzentwurf nicht genügend geregelte Deckung der Kosten für die Mitwirkung des beamteten Arztes, sowie für die Durchführung der Desinfektion am Krankenbett und beim Wohnungswechsel soll — weil im Interesse der Allgemeinheit liegend — nach einem Beschlusse des Unterausschusses, aus öffentlichen Mitteln bestritten werden. Auch die Unterbringung des Tuberkulösen in ein Krankenhaus oder eine Heilstätte soll nicht mehr durch Zahlungsunfähigkeit des Patienten und des Unterhaltspflichtigen erschwert werden oder scheitern, sondern aus öffentlichen Mitteln, für die eventuell der Staat aufzukommen hat, bestritten werden. Damit sind die Ausführung der Desinfektion und die Unterbringung der Kranken in Anstalten zu Maßnahmen des öffentlichen Rechtes geworden. Sehr wichtig sind die Befehle des Arztes und seiner Familie, der Schutz der Kinder vor Ansteckung, Sicherungen gegen die Verbreitung der Krankheit durch die Tätigkeit fortgeschrittener Erkrankter im Rohrungsmittelbetrieb und im Erziehungsberuf, in der Schule, in öffentlichen Verkehrsmitteln und Anstalten, im Krankenpflege- und Hebammenberuf; ferner die Unterweisung in der fortlaufenden Desinfektion unter Verabreichung geeigneter Desinfektionsmittel. Es gelang unseren Genossen in Form von Entschuldigungen des Unterausschusses einiges von dem zum Ausdruck zu bringen, was in Konsequenz des Gesetzes unbedingt geschehen muß, wenn es nicht in halben Maßnahmen stecken bleiben soll. Zunächst einmal ist nötig, daß alle beamteten Ärzte zur Zusammenarbeit mit den in ihrem Bezirk befindlichen Fürsorgestellen verpflichtet werden. Ferner haben die Schulärzte Meldung zu erstatten, auch wenn bei Schulkindern nur der Verdacht auf Tuberkulose besteht. Um eine längere Behandlungsdauer und längere Wartezeit zu ermöglichen, müssen die Heilstätten ausgebaut und vermehrt werden. Eine bessere Ausbildung der Ärzte in allen Fragen der Tuberkulosebekämpfung ist anzustreben. Zur praktischen Mitarbeit in den Fürsorgestellen sind Frauen heranzuziehen. Wir befürworten auch die Zuziehung von Vertretern der Tuberkulösen, die auf Grund ihrer Erfahrungen wertvolle Winke geben könnten für eine zweckmäßigere Ausgestaltung der Fürsorgemaßnahmen, deren Objekte sie sind. Dies wurde indessen von der Mehrheit abgelehnt. Von großer Bedeutung ist die Frage der Arbeitsbeschaffung für aus der Anstaltsbehandlung entlassene Tuberkulöse. Sie müssen bei den Arbeitsnachweiser besonderen Berücksichtigung finden. Auf die Beschaffung von Arbeit, die ihrem schonungsbedürftigen Körperzustande entspricht, ist der größte Nachdruck zu legen. Selbstverständlich muß auch für eine ausreichende Zahl und zweckentsprechende Verteilung von Tuberkulosefürsorgestellen in Stadt und Land gesorgt werden. Schließlich ist vom Reiche, dem Preußen mit seinem neuen Gesetz den Weg zur Bekämpfung der Tuberkulose ebnet, zu fordern, daß es endlich an die planmäßige und einheitliche Lösung dieser Aufgabe herangeht.

Gesunde Wohnungen, gute, nahrhafte Kost für alle Volksgenossen, diese einzig durchgreifenden Mittel zur Eindämmung der schlimmsten Volksseuche in Anwendung zu bringen, reichen heute Arbeit und Mittel noch nicht aus. Daran muß auch der preussische Gesetzentwurf nicht vorbeigehen. Aber die Ausbreitung der Tuberkulose national festzustellen, ihre Bekämpfung durch Fürsorgemaßnahmen zur öffentlichen Angelegenheit machen zu wollen, dieses Verdienst wird man dem preussischen Gesetz nicht absprechen können, wenn es in der vorgeschlagenen Fassung zum 1. April 1923 in Kraft tritt.

Kampf gegen die ungarische Falschensbewegung. Die Erhebungen in der Angelegenheit des ungarischen Falschenslaunders in Preußen werden von der Stadtpolizei fortgesetzt. Bis jetzt sind etwa 50 Personen, zum Teil Hochschüler, verhaftet worden. Die Verordnung der Landesoberstaatsanwaltschaft wurde auf alle Falschenslaender in der Provinz ausgedehnt bzw. gegen die Gründung von Geheimorganisationen die strengsten Maßnahmen angeordnet.

Devisenkurse.

	14. November		13. November	
	Käufer (Gold-Russ)	Verkäufer (Weiss-Russ)	Käufer (Gold-Russ)	Verkäufer (Weiss-Russ)
1 holländischer Gulden	2763.07	2776.93	8192.—	8208.—
1 argentinischer Papier-Peso	2553.60	2566.40	2932.65	2947.35
1 belgischer Franc	426.98	429.07	478.80	481.20
1 norwegische Krone	1306.72	1313.24	1526.17	1533.88
1 dänische Krone	1406.27	1413.53	1645.87	1654.18
1 schwedische Krone	1865.82	1874.08	2194.00	2205.50
1 finnische Mark	179.55	180.45	201.49	202.51
1 japanischer Yen	3461.82	3478.65	8998.29	8917.77
1 italienische Lire	339.15	340.85	367.06	365.92
1 Pfund Sterling	30922.80	31077.50	70408.76	70591.25
1 Dollar	7032.87	7067.63	8104.68	8145.32
1 französischer Franc	458.85	461.15	518.20	518.80
1 brasilianischer Milreis	822.93	827.07	987.82	992.78
1 Schweizer Franc	1289.26	1295.74	1476.80	1483.70
1 spanischer Peseta	1089.76	1095.24	1226.92	1233.08
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	10.22	10.28
1 holländische Krone	222.44	223.56	254.86	255.64
1 ungarische Krone	—	—	8.24	8.56
1 bulgarischer Lema	—	—	58.10	58.40
1 jugoslawischer Dinar	—	—	129.67	130.83

Die Affäre Franz.

Die weitere Vernehmung der Angeklagten.

Landgerichtsdirektor Brennhäuser eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß nach nachträglicher Gerichtsarzt Dr. Ludwig Hirsch und Dr. Oppenheim als Sachverständige geladen worden sind. Ferner ist nach nachträglich von der Staatsanwaltschaft der Geheimen Sanitätsrat Dr. Röll als Sachverständiger geladen worden.

Bevor der Angeklagte Franz seine Vernehmung zur Sache fortsetzt, gibt Rechtsanwalt Bahn folgende Erklärung ab: „Es ist mir mitgeteilt worden, daß die Zeugin Burghard mit der Zeugin Reihner ein Gespräch geführt hat, welches von anderer Seite mitangehört worden ist. Die B. soll hierbei gesagt haben: Du sagst nur, daß wir uns kennen, das übrige verschweigst Du!“ Rechtsanwalt Bahn erklärt hierzu, daß er darum bitten müsse, daß derartige Beeinflussungen von Zeugen in Zukunft unterbleiben. Der Vorsitzende bemerkt, daß er auf diese Sache bei der Vernehmung der Zeugin B. nochmals zurückkommen wird. Hierauf wird die Vernehmung des Angeklagten Franz fortgesetzt, und zwar gelangte der erste Teil der Anklage, in der es sich um die Tochter des Geheimen Regierungsrats A. handelt, zur Sprache. Diese Zeugin ist die Cousine der Frau Franz.

Der Angeklagte spricht hierbei die Bitte aus, ob es nicht möglich wäre, über bestimmte Dinge seines auf Abwege geratenen Triebhaltens in Abwesenheit seiner Frau sprechen zu können, da es ihm äußerst peinlich sei, wenn seine Frau dies mit anhören würde. Da der Vorsitzende erklärt, daß dies prinzipiell unzulässig sei, will der Angeklagte diese Angelegenheiten erst später zur Sprache bringen. Franz schildert nunmehr den ersten Besuch der Zeugin A. in seiner Wohnung. Als seine Frau auf einen Augenblick hinausging, habe er die A. umarmt und geküßt. Sie habe sich dies offensichtlich sehr gern gefallen lassen. Hierbei wären sie von der unermutet zurückkehrenden Frau überrascht worden. Vorsitzender: Hat Ihre Frau bei dieser Gelegenheit nicht gesagt: „Das ist nett, Hanna, daß Du meinen Bubi auch so lieb hast?“ Der Angeklagte erklärt, daß er sich hierauf nicht mehr entsinnen könne. Der Angeklagte schildert sodann die weiteren Vorgänge, deren öffentliche Wiedergabe unmöglich ist. Er befreit auf das Entscheidende, daß Anwendung irgendwelcher Partikeln in Frage gekommen sei. Die weitere Vernehmung der beiden Angeklagten nimmt noch mehrere Stunden in Anspruch.

Allgem. Funktionärversammlung

Freitag, den 17. November, abends 6 Uhr in der „Vod-Bräuerei“, Jüdicinstr. 2-3.

Tagesordnung: „Die politische Lage.“ Referent: Genosse Rudolf Dreitscheld.

Mitgliedsbuch und Funktionärkarte sind am Eingang vorzuzeigen.

Der Bezirksvorstand.

zur Sprache bringen. Franz schildert nunmehr den ersten Besuch der Zeugin A. in seiner Wohnung. Als seine Frau auf einen Augenblick hinausging, habe er die A. umarmt und geküßt. Sie habe sich dies offensichtlich sehr gern gefallen lassen. Hierbei wären sie von der unermutet zurückkehrenden Frau überrascht worden. Vorsitzender: Hat Ihre Frau bei dieser Gelegenheit nicht gesagt: „Das ist nett, Hanna, daß Du meinen Bubi auch so lieb hast?“ Der Angeklagte erklärt, daß er sich hierauf nicht mehr entsinnen könne. Der Angeklagte schildert sodann die weiteren Vorgänge, deren öffentliche Wiedergabe unmöglich ist. Er befreit auf das Entscheidende, daß Anwendung irgendwelcher Partikeln in Frage gekommen sei. Die weitere Vernehmung der beiden Angeklagten nimmt noch mehrere Stunden in Anspruch.

Brandstifter an der Arbeit!

Mehrere größere Brände hatte die Berliner Wehr in der letzten Nacht zu löschen. Darunter zwei in der Schlegelstraße 23 und Turmstraße 45. Hier standen drei Dachstühle in Flammen, und zwar der des Quergebäudes und der beiden Seitenflügel in erheblicher Ausdehnung, daß die Löschzüge mit 6 Schlauchleitungen von Motorspritzen angriffen und dazu mehrere mechanische Leitern benutzen mußten. Die Verqualmung und die große Ausdehnung der drei Brandstellen läßt annehmen, daß die Vermutung der Hausbewohner, nur durch Brandstiftung können diese Brände entstanden sein, nicht von der Hand zu weisen ist. In der Schlegelstraße 23 nimmt man ebenfalls Brandstiftung an. Hier brannte der Dachstuhl ebenfalls bei Anbruch der Löschzüge schon in ganzer Ausdehnung. Dienstag früh um 8 Uhr wurde hier schon wieder ein neuer Brand gemeldet. Auf dem Roobiter Güterbahnhof ging nachts eine Pore mit Stroh in Flammen auf. Der brennende Wagen wurde nach dem Wasserträn aufgehoben und dann dort abgeliefert. Nach Mitternacht wurde die Feuerwehr wieder einmal mitwillig nach Roobit, Waldstraße 9, alarmiert. Der Täter ist entkommen.

Die billige Laube.

„Wer Gott vertraut und Breiter kauft, sich eine feine Laube baut!“ So steht es geschrieben an einer Laube beim Heidelcampgraben in Baumshuldenweg. Hoffentlich hat dieser Laubenkonist nicht aus eigener Erfahrung gesprochen. Den Laubenwitz scheint aber der frühere Portier Stanislaus E. gelesen zu haben. Er rief von den Keller- und Bodenverhältnissen des Hauses Breiterstraße 25 so viele Breiter und Bohlen ab, daß er sich davon, wie jetzt die Kriminalpolizei ermittelt hat, mit weiter gestohlenen Ristenbreitern und Oberlichtfenstern in Baumshuldenweg eine feine Laube bauen konnte.

Bei der Verhaftung erschossen. Ein 41 Jahre alter Einbrecher, Pferde- und Hühnerdieb namens Hugo Gehe, der noch mehrere Jahre Zuchthaus zu verbüßen hatte, entwich vor einiger Zeit aus der Strafankast und war leidend verschwunden. Kriminalbeamte stellten fest, daß er sich noch Berlin gemeldet hatte und spürten ihn hier in einer Behausung in der Anklamerstraße 2 auf. Als sie dort morgens um 7 Uhr überraschend eintrafen, fand Gehe mit einem Rucksack voll gefälschten Hühner gerade hinter der Tür. Um sich seiner Festnahme zu entziehen, griff er nach der Pistole eines Beamten, der ihn mit der Waffe im Schach halten wollte. Dabei rief er ein Schuß los und die Kugel traf Gehe so schwer in die Brust, daß er tot zusammenbrach. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schahaus gebracht.

Weitere Lehrerentlassungen werden vom Berliner Magistrat geplant. An den Gemeindeschulen sollen zum 1. Januar 1923 über 200 junge Lehrer und Lehrerinnen die Kündigung erhalten. Die Maßnahme wird beurteilt mit der Ratlosigkeit von Erparnissen, die in dem Riesenhaushalt der Stadt nur wenig bedeuten. Sie sollen erreicht werden durch Zusammenlegung der noch nicht ganz gefüllten Klassen. Die Folgen dieser Maßnahme wären eine Störung des gesamten Schulbetriebes mitten im Halbjahr, eine Verlagerung der Schulwege für die umzuschulenden Kinder in der ungünstigsten Jahreszeit, eine Zerstückelung der kaum geknüpften Bande zwischen den Schulanfängern und ihren Lehrern.

Der Zoo muß erhalten bleiben! Mit diesem Motto haben eine ganze Reihe Berliner Klassen ihre Sportkämpfe und das Ergebnis von Sammlungen der Zoo-Verwertung zugewandt. Auf diese Weise kamen zusammen: von der 254. Gemeindeschule 45 M., von der Friedrich-Werderischen Oberrealschule, Klasse O III, 600 M., von der Montessellschule Charlottenburg (darunter die letzte Klasse mit 500 M.) 3050 M., von der 50. Gemeindeschule, Klasse IV O, 300 M., von der Siedlischen Berufsschule in Berlin-Schöneberg 150 M., von dem Erzenim Friedr. Charlottenburg, Klasse 4 und 5, 3054 M., zusammen: 7199 M. Allen keinen Geberinnen und Gebern wird herzlich gedankt!

Ueber den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten spricht am Dienstag, den 14. November, in einer Volksversammlung in der Aula der Schule Lange Str. 41, Nähe des Silesischen Bahnhofs, abends 7 1/2 Uhr, der Verbandsvorsitzende des Verbandes Volksgesundheit, Genosse Hermann Wolff-Branden. Die Geschlechtskrankheiten bedeuten für die Arbeiterschaft eine ernste Gefahr. Es ist daher zeitgemäß, dieser Frage das größte Interesse entgegenzubringen.

Das erste Konzert des Admiralgartens am letzten Sonntag war ein voller Erfolg. Unter der genialen Leitung Leo Dieck gab das Orchester der Staatsoper die Koncerte-Duette (III), die Überläufe zu Oberon, Teile aus dem „Sommertraum“ sowie „Tod und Verklärung“ von Richard Strauss und die Präludien von Liszt. Der Besatz war reichlich und wohl verdient. Schade nur, daß die Eintrittspreise so hoch sind, daß diese hervorragenden Veranstaltungen nicht auch von weiteren Kreisen des musizierenden Publikums besucht werden können.

Das Erdbeben in Chile.

Die ungeheure Wirkung der Sturmflut.

Immer neue Meldungen von der Erdbebenkatastrophe zeigen, daß es wahrscheinlich kaum jemals möglich sein wird, den genauen Umfang des Erdbebens und die wirkliche Zahl der Opfer festzustellen. In Coquimbo sind nach oberflächlicher Zählung 500 Häuser zerstört. In Coquimbo, Antofagasta und Caldera ging die Sturmflut über 200 Meter weit ins Land hinein. In Serena und Copiapo hat man bis jetzt 200 Leichen gefunden, viele dürften aber noch unter den Trümmern liegen, die meisten von der Flut mit fortgerissen sein. Die Zahl der Verwunden geht in die Tausende, 400 Schwerverwundete befinden sich in ärztlicher Behandlung. In Santiago de Chile, das scheinbar nur von Ausläufern des Bebens getroffen wurde, zählte man 100 Tote. In dem ganzen Gebiet im Umkreis von 200 Kilometern um Santiago sind die Häfen durchstößt von der dem Erdbeben folgenden Sturmflut weggerast. Die Flut ebhte dreimal zurück, so daß im ganzen vier ungeheure Wasserberge sich auf das Land warfen, die Häuser unter sich zerhackten und andere vom Erdboden abrafften. Ueber 60 Menschen ertranken in ihren Wohnungen. Die Erdstöße waren so heftig, daß die Seismographen der Station Boulogne stark beschädigt wurden. Auch in Valparaiso hat ein stärkerer Erdstoß die Bevölkerung erschreckt, aber in der Stadt keinen größeren Schaden angerichtet. Aus Tocopilla in Nordchile wird ähnliches gemeldet, nähere Nachrichten fehlen aus dem Zentrum Coquimbo-La Serena. Es handelt sich um ein tektonisches Beben, das in östlicher Richtung aus dem Äthiopen Ozean ankommend die Küste nördlich Coquimbo-La Serena getroffen hat. Ferner ist die Insel Jila (Jawa) von einer Sturmflut heimgesucht worden, die zahlreiche im Hafen ankommende Schiffe losriß und ins Meer schleuderte. Tote wurden nicht gemeldet.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, überwiegend trübe und neblig, bei Schauern, vorherrschend südlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Partei-Nachrichten

Der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Morgen, Mittwoch, den 15. November:

- 26. Abt. 7 1/2 Uhr: Abende: Bezirks 601, 606 bei Reich, Südfriedr. Str. 27. Vortrag: „Der Reichstagsbeschluss über die herrschende Erwerbslosigkeit.“ Bezirks: 601 bis 611 bei Biebram, Nordufer Str. 2. Bezirks 612-615, 624-627 bei Bölenberg, Petersburger Str. 73. Bezirks 616-619 bei Büchling, Petersburger Str. 5. Bezirks 620-623 bei Hans, Frankfurter Allee 339.
- 6. Kreis: Bildungsausschuss. Abends 7 1/2 Uhr, bei Reim, Urbanstraße. Wichtige Sitzung. Abrechnung der Revolutionsfeier.
- 4. Kreis: Grenzauer Berg. Abends 7 1/2 Uhr, bei Berg, Grenzauer Allee 169. Sitzung der Abteilungsleiterinnen und deren Vertreterinnen. Werbematerial abholen.
- 17. Abt. Unter treuer Genosse Erich Kling, Südfriedr. 14. Ist möglich verstorben. Die Einäscherung findet Donnerstag nachm. 3 1/2 Uhr in Baumshuldenweg statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

„Verband Volksgesundheit.“ Ueber die Ausbeutung des Volkes durch die Medizin“ spricht am Mittwoch, den 15. November, abends 7 1/2 Uhr, der Verbandsvorsitzende des „Verbandes für Volksgesundheit“, Gen. Hermann Wolff-Branden, in einer Versammlung des Reichsbanner-Ratgebervereins in der Aula der Schule in Roobit, Waldstr. 9. Die Arbeiterkassette wird ersucht, sich an dieser Veranstaltung zahlreich zu beteiligen.

Gewerkschaftsbewegung

Reichskonferenz der Konsumbäcker.

Gegen die Wiedereinführung der Nachtarbeit in den Bäckereien nahm eine vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren am Sonntag nach Halle a. d. S. einberufene Reichskonferenz der Konsumbäcker Stellung. Vom Verbandsvorsitzenden Kollegen Diermeier wurde über die sich in der letzten Zeit abspielenden Vorgänge berichtet. Vom Zentralverband deutscher Konsumvereine sei dem sozialpolitischen Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates ein Antrag unterbreitet, der die Wiedereinführung der Nachtarbeit in allen Bäckereibetrieben mit 12 und mehr beschäftigten Personen fordert. Der Verband der Brotfabrikanten hat sich diesem Antrag angeschlossen. Auch von den Handwerkervereinigungen liegt ein Antrag vor, der das gleiche für alle Bäckereien vorsieht und im übrigen verlangen alle drei Unternehmergruppen die Außerkräftsetzung der Bestimmungen der Bäckerei- und Konditoreiordnung vom 23. November 1918. Bei der Verwirklichung dieser Anträge würden die Arbeiter in den Bäckereien und Konditoreien wieder in das grauenhafte Elend der Nacht- und Sonntagsarbeit hineingestoßen werden und die himmelschreienden Zustände, wie sie in sanitärer und hygienischer Hinsicht bestanden haben, würden neu aufliegen. Nicht nur die geistige und körperliche Verelendung der Berufsangehörigen würde um sich greifen, sondern auch große Gefahren in gesundheitlicher Beziehung für die Konsumenten entstehen.

In der Diskussion erklärten alle Redner, daß das Verbrechen, das an den Bäckerei- und Konditoreiarbeitern begangen werden soll, mit allen gewerkschaftlichen Nachmitteln verhindert werden müsse. Die Bäckereiarbeiter werden unter keinen Umständen wieder bei Nacht arbeiten, weil diese kulturwidrige Arbeitsweise aus gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gründen nicht nur unmöglich ist. Auf diese Tatsache verwiesen eingehend die Vertreter des Verbandsvorstandes Bannes und Heyshold.

Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Verbandsvorstand beauftragt wurde, mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln das große Verbrechen, das an den Bäckerei- und Konditoreiarbeitern begangen werden sollte, zu verhindern. Am 23. November, am Tage des Erfolges des geschlichen Verbandes der Nacht- und Sonntagsarbeit, werden in allen Orten des Reiches große Demonstrationen stattfinden.

Die Stellung der Beamtenauschüsse.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß sich Beamte mit Wünschen und Beschwerden in persönlichen Angelegenheiten nicht an die Beamtenauschüsse, sondern an die Verbände wenden. Diese sind, wie der preussische Minister des Innern in einer Verfügung ausführt, meistens nicht in der Lage, die Eingaben, die oft auf falschen Voraussetzungen und Informationen beruhen, nachzuprüfen. Sie leiten sie an das Ministerium, dessen Geschäftsbetrieb unter der Fülle solcher Eingaben in verhängnisvollem Maße gestört wird. Auch dem Absender der Eingaben ist mit diesem Verfahren keineswegs gedient; denn die Eingaben müssen fast ausnahmslos zur Auflöschung des Sachverhalts an die örtliche Dienststelle zurückgeleitet werden.

Würde der Beamtenauschuss mit derartigen Angelegenheiten befaßt werden, so hätte er, wie der „Littische Preussische Pressebericht“ weiter aus der Verfügung des Ministers ausführt, Gelegenheit, unbegründete Eingaben anzuhalten und richtigzustellen, begründeten dagegen durch Befürwortung Nachdruck zu verleihen; auch würde er in vielen Fällen in der Lage sein, die Angelegen-

bei durch Rücksprache mit der zuständigen örtlichen Dienststelle zu erledigen. Andererseits werden die Beamtenausschüsse von den Behörden häufig nicht in dem vom Minister Seering gewünschten und vorgeschriebenen Maße zur Mitarbeit herangezogen. Hierdurch wird das Vertrauen der Beamtenschaft zu dieser Vertretung geschwächt.

Unbeschadet der bevorstehenden gesetzlichen Regelung der Beamtenschaft bei den Behörden ersucht der Minister, schon jetzt dahin zu wirken, daß die Stellung der Beamtenschaft von allen Seiten gewahrt wird, damit diese in der Lage sind, ihre Aufgabe zum Wohle der Beamtenschaft zu erfüllen.

Lohnkampf in der Chirurgiemechanik.

Die in der Chirurgiemechanik beschäftigten Metallarbeiter kämpfen schon längere Zeit um eine Lohnerhöhung, ohne zu einer Verständigung mit den Arbeitgebern zu kommen. Diese lehnten ihre berechtigten Forderungen trotz der furchtbaren Teuerungswelle einfach ab. Auch dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, der den Arbeitern einen Zuschlag von 85 Mark auf die Löhne und Honorarbefehle, ferner noch einen Teuerungszuschlag von 90 Mark pro Stunde und den Jugendlichen eine Erhöhung der Löhne um 15 Prozent bewilligte, versagten die Arbeitgeber ihre Zustimmung, während die Arbeiter sich für Annahme des Spruches erklärten.

Von den Vertretern der Arbeiterschaft ist hierauf die Entscheidung des „Demo“ beantragt worden, die zurzeit noch aussteht.

Inzwischen ist es nochmals zu einer Verhandlung mit den Arbeitgebern gekommen, die einen Zuschlag von 135 Prozent auf die Löhne und Honorarbefehle von 38,40 Mark für Facharbeiter gewähren wollten. Ferner eine Teuerungszulage von 70 Mark auf den Stundenlohn. Dieses Angebot wurde von den Vertretern der Arbeiterschaft abgelehnt. In einer überfüllten Versammlung der Branche am Montag in den „Sophienböden“ wurde von Callies hierüber berichtet. Versuche, von den Arbeitgebern ein dem Schiedspruch entsprechendes Zugeständnis zu erhalten, sind — wie der Redner ausführte — vergeblich gewesen. Callies forderte die Kollegen auf, die Entscheidung des „Demo“ abzuwarten; inzwischen müßten aber alle Vorbereitungen getroffen werden, um nötigenfalls das letzte Kampfmittel sofort zur Anwendung bringen zu können.

Diese Aufforderung wurde vom Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Koch II, unterstrichen, der noch besonders hervorhob, daß Ruhe und Disziplin aufrechterhalten werden müßten. Die Öffentlichkeit werde erkennen, daß die Kollegenschaft alle Instanzen erschöpft habe, um eine friedliche Verständigung zu erreichen.

Es wurde dann eine Urabstimmung in den Betrieben über das Angebot der Arbeitgeber beschlossen. Das Ergebnis soll bis Mittwoch 5 Uhr in den Händen der Leitung sein.

Der Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands zählte im Monat Oktober insgesamt 70 757, davon 33 128 weibliche Mitglieder. Der Verband erlangte damit fast die gesamte Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie. In einem verbleibenden kleinen Rest teilen sich die christliche Organisation mit etwas über 2000 Mitgliedern und die Gewerksvereiner mit einigen Hundert. Der Berufsverband deutscher Keramiker (Christliche) wurde beim Abschluß eines neuen Reichsarbeitsvertrages im Oktober d. J. vom Porzellanarbeiterverband nicht mehr als Beteiligter zugelassen. Die Organisation wird jetzt ihre Tätigkeit darauf verlegen müssen, die neugewonnenen Mitglieder zu gewerkschaftlichen Kämpfern zu erziehen. Zur Schulung der vielen weiblichen Verbandsangehörigen konnte noch keine weibliche Verbotskraft aus dem Beruf selbst gewonnen werden.

Achtung, Zimmerer! Am 10. d. M. starb unser zweiter Vorsitzender, Kamerad Erich Kling. Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 16. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Riefholzstr. 221, statt. Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Gäßl, Berlin; für Anzeigen: Ed. Glöck, Berlin. Verlag: Formaris-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formaris-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Lachmann & Scholz

Moabits grösstes Warenhaus

Turmstrasse 76 * Ottostrasse 1

Am 15. November 1922:

Eröffnung der Spielwaren-Ausstellung

Zahngelbisse

(auch zerbrochene)

Zahle pro Zahn

von 500, 600 bis 12 000

Gold-, Silber-, Platinbruch, Gegenstände, Ketten, Ringe

anerkannt höchstes lohn und reell.

Isenthal, Denksil, Gneisenaustr. 4

kein Laden, nur vom 11. 12. bis 12. 12. 1922

Gold-Silber-Platin-Bruch

Edelmetallhaltige Rückstände in jeder Form

kauft für eigene Fabrikation

zu höchsten Preisen

PAUL COLEMAN

Fabrik chemisch-technischer Produkte

Berlin SW 68, Charlottenstr. 7.

Haben Sie Stoff?

Ich fertige an nach Maß:

Anzüge, Paletots für M. 8000,-

Schulter . . . für M. 6000,-

Beste Zutaten! Moderner Schnitt!

Hervorragend guter Sitz!

Maler für seine Herrenkonfektion nach Maß.

M. Blaustein

Alexanderstraße 31

Seltenfingel III.

Ferussp. Königstadt 7793.

Strickjacken

aller Art, Jumper, Kimonos, Hautjäckchen

Sporgarnituren, Schals und Mützen etc.

kaufen Sie stets sehr preiswert und in

bester Qualitätsware bei

Bruno Richter

Fabrik-Niederlage

Thüring. Wollwaren

Nächste Verkaufsstellen:

Kopenhagener Str. 67 I. (Nord): Nordstr. 40/41

(Süd) in der Bahnhofstr. Nordring u. (Südwest: Allee)

Min.-Pankow, Bismarckstr. 26 I. Fernr.: Poststr. 322.

1922 Nur Einzelverkauf.

Preiswert:

Leder

Berthold Ruttner

Lederhandlung

BERLIN SO 26

Reichenberger Str. 14

Von 1-3 Uhr geschlossen.

Stoff-Reste-Haus

A. M. Steinhart

18 Kottbuser Damm 18

Schöne Reste

für

Herrn-Anzüge

Mäntel

Kostüme

Kleider

in Stoff, Samt und

Seide, sowie Futter-

stoffe. Ständig sehr

große Auswahl.

Sitzung reell.

1a Qualitäten.

Getragene Herren-

u. Damenanzüge

sowie

ganze Nachlässe

kauft u. verkauft

Koch, Neukölln

Bergstr. 55. Lad.

Gold-,

Silber-, Platin-

Bruch

Zahngelbisse, Uhren,

Ketten, Ringe auch

in hohen Tagespreisen.

Hahn & Co.,

Lehr- und Schloßstr.

Neußtraße, Januar 20

Möbel

kaufen Sie

sehr vorteilhaft

bei

G. Camnitz,

Schönb. Allee 82,

Ecke Wilmersstr.

Hochb. Nordstr.

Alt-Metall-

Ankauf

zu höchsten Preisen

Corow, Neukölln

Zeussstr. 60

an der Ecke

2 20m vom

Bahnhof Neukölln

Juwelen- Einkaufs- Gesellschaft

Hopenfeld & Co



Berlin * Antwerpen

Beuthstraße 12

(Spittelmarkt)

Spezialankaufsstelle für

Zahngelbisse

auch zerbrochene, enorme Preise.

Zahnlaboratorium Lindenstr. 199

Edo Joachimstr. u. Rosenthal, Pl. Kein Laden, vom 11.

12. 12. 1922

12. 12. 1922

Einkauf von Brillanten,

Berlin, Genua, Platin, Gold, u.

Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe

Schapiro, Neue Köpenicker Str. 19a, im Laden.

1922

1922

1922

Murinus Glid

Zur Auscheidung fruchtbarer Stoffe aus

dem u. Gärten, bei offenen Flächen u. Gärten

auszuweichen in die Dampfung

palaver Sulfat ist über 30 Jahren

erprobt. 20. 15. 00. u. 20. 42. 50

1922

1922

1922

Zahngelbisse

auch einzelne Zähne kauft zum höchsten Tageskurs

sowie

Gold-, Silber-, Platin-Bruch

sämtliche Schmuck-

gegenstände

zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, nur

Barhabe Edelmetallverwertung

2 Invalidenstr. 2 v. I rechts, kein Laden

Eingang Elisabethkirchstrasse

9 Kopenhagener Strasse 9 (Laden)

2 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch

zahlt unüberbietbare Preise

da wir selbstarbeiten ständig billig.

Trauringabrik R. Felske,

Grosse Frankfurter Strasse 67.

Gold-Silber-Platin

Ringe, Ketten, Uhren, Bestecke etc.

Brillanten, Zahngelbisse

kauft höchstzulassend

Erich Fuhrmann

Gotzkowskystr. 13

Reelle höchste Bezahlung für

Zahngelbisse

(auch zerbrochene)

Gold-, Silber-, Platin-

Bruch

Ketten, Ringe, Uhren, Bestecke etc.

Brillanten, Zahngelbisse

kauft höchstzulassend

Erich Fuhrmann

Gotzkowskystr. 13

Reelle höchste Bezahlung für

Zahngelbisse

(auch zerbrochene)

Gold-, Silber-, Platin-

Bruch

Ketten, Ringe, Uhren, Bestecke etc.

Brillanten, Zahngelbisse

kauft höchstzulassend

Erich Fuhrmann

Gotzkowskystr. 13

Reelle höchste Bezahlung für

Zahngelbisse

(auch zerbrochene)

Gold-, Silber-, Platin-

Bruch

Ketten, Ringe, Uhren, Bestecke etc.

Brillanten, Zahngelbisse

kauft höchstzulassend

Erich Fuhrmann

Gotzkowskystr. 13

Reelle höchste Bezahlung für

Zahngelbisse

(auch zerbrochene)

Gold-, Silber-, Platin-

Bruch

Ketten, Ringe, Uhren, Bestecke etc.

Brillanten, Zahngelbisse

kauft höchstzulassend

Erich Fuhrmann

Gotzkowskystr. 13